Sprechende Wände. Häftlingsinschriften im Gefängnis Leistikowstraße Potsdam. Hrsg. von Ines Reich und Maria Schultz, Berlin: Metropol 2015, 464 S. (= Forschungsbeiträge und Materialien der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, 13), EUR 29,90 [ISBN 978-3-86331-147-6]

Besprochen von **Jens Ebert**: Berlin, E-Mail: dr.ebert@gmx.de

DOI 10.1515/mgzs-2016-0137

In Stein und Wände vor Tausenden von Jahren eingeritzte Botschaften gelten uns heute als unschätzbare Dokumente der Kultur. Ähnliche Einritzungen aus der Mitte des 20. Jahrhunderts weisen jedoch auf Kulturverfall und Barbarei hin. Von solchen Zeugnissen ist im Band »Sprechende Wände« die Rede, den Ines Reich und Maria Schulz im Metropol-Verlag herausgegeben haben.

Erstaunlich genug: Aus der jüngeren Geschichte, dem Zeitalter der Weltkriege und den Nachkriegszeiten erreichen uns immer wieder neue Botschaften privater Provenienz – Feldpostbriefe, Tagebücher, intime Aufzeichnungen –, die unser Bild jener Zeit überraschend präzisieren und erweitern. Nicht selten sind diese Botschaften verstörend, wie jene aus dem ehemaligen Gefängnis in der Potsdamer Leistikowstraße 1. Im 1916 vom Evangelisch-Kirchlichen Hilfsverein erbauten Gebäude befand sich von 1945 bis Anfang der 1990er Jahre die zentrale Untersuchungshaftanstalt der sowjetischen Militärspionageabwehr *Smersch*. Die sowjetische Militäradministration hatte nach Kriegsende große Teile der Nauener Vorstadt Potsdams beschlagnahmt und in das »Militärstädtchen Nr. 7« umgewandelt. Nach dem Abzug der russischen Streitkräfte wurde das Gebäude der Stadt Potsdam zurückgegeben. Ende der 1990er Jahre wurde hier eine Gedenkstätte eingerichtet.

In der Leistikowstraße 1 wurden Untersuchungshäftlinge von der *Smersch* erkennungsdienstlich behandelt, verhört, dabei teilweise auch misshandelt, und später einem sowjetischen Militärtribunal zur Aburteilung übergeben. Nach Schätzungen sollen hier bis Mitte der 1950er Jahre 800 bis 1200 Personen, deutsche, sowjetische und ausländische Staatsbürger, inhaftiert worden sein. Ab 1955 war es sowjetischen Stellen nicht mehr gestattet, deutsche Staatsangehörige zu verhaften. Über die Haftgründe und -bedingungen sowie die Urteile der Militärtribunale geriet in jenen Jahren fast nichts an die Öffentlichkeit. Dass das Schicksal der Menschen aus den 1940er und 1950er Jahren des vergangenen Jahrhunderts nicht dem Vergessen anheimfiel, hat damit zu tun, dass sie ihre Namen und weitere Hinweise in die Wände der Zellen einritzten.

»Sie sind manchmal nur zwei Zentimeter groß, krumm und schief, hartnäckig in den Putz gekratzt. Kaum wahrnehmbar, ducken sie sich fast unscheinbar an die Wände: Namen, Initialen, Worte, Zahlen und Zeichnungen« (S. 11). Fast kaum

mehr sichtbar, immer wieder wissentlich oder auch unwissentlich überstrichen, wurden die Häftlingsinschriften ab Ende der 1990er Jahre mühevoll rekonstruiert und dokumentiert. 1500 Einritzungen haben die Zeiten überdauert. Im Jahr 2009 begann ein interdisziplinäres Forschungsprojekt, die Inschriften zu erforschen. So erfuhr man auch, dass nicht, wie lange Zeit angenommen, nach 1955 nur männliche Gefangene in der Leistikowstraße interniert waren.

In 49 Fällen konnten die Herausgeberinnen des Bandes und ihre Mitarbeiter die Urheber von deutschsprachigen Botschaften identifizieren. Mit Zähigkeit und viel Geduld trugen sie Informationen zusammen als Basis für ihre sensiblen Schilderungen der individuellen Schicksale. Verhaftet wurden die in der Leistikowstraße Einsitzenden zumeist wegen des Vorwurfs der Militärsplionage gegen die sowjetischen Truppen. »Der in sowjetischen, polnischen und ostdeutschen Geheimdienstdokumenten enthaltene Spionagevorwurf konnte in vielen Fällen durch Quellen anderer Provenienz grundsätzlich bestätigt werden« (S. 17). In russischen Archiven fanden sich zudem »Beweismittel aus den vormals sowjetischen Akten [...] Protokolle von Zeugenbefragungen, Hausdurchsuchungen oder bei der Verhaftung beschlagnahmte Dokumente, Notizbücher, Kartenmaterial, Fahrkarten, Fotoapparate etc.« (ebd.).

Die Inhaftierten waren also in der Regel nicht unschuldig, wie damals von ihnen selbst, von westlichen Medien und zum Teil auch noch heute pauschal behauptet wurde bzw. wird. Anfang der 1950er Jahre waren viele DDR-Bürger für einige Westmark, aus Abenteuerlust oder aus politischer Überzeugung bereit, sowjetische Kfz-Kennzeichen, Truppenbewegungen und Mannschaftsstärken von Kasernen an Mittelsmänner in West-Berlin weiterzuleiten. Oft wussten sie nicht einmal genau, für welchen Geheimdienst sie eigentlich arbeiteten. Auch die Akten des MfS sind voll von unbedeutenden »Spionen« und »Saboteuren«, die nichtsdestoweniger oftmals zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt wurden (vgl. u. a. BStU, AU 265/54, AU 455/54).

Das Regime in sowjetischen Gefängnissen, zumal solchen der Geheimdienste, war äußerst menschenfeindlich, die Haftbedingungen katastrophal und die Strafen wegen wirklicher oder vermeintlicher Spionage drakonisch, bis hin zum Todesurteil. Allerdings waren in Zeiten des Kalten Krieges Todesurteile wegen Spionage in vielen Ländern an der Tagesordnung. Vollstreckt wurden die Todesurteile in der Regel in Moskau durch Erschießen (vgl. »Erschossen in Moskau ...« Die deutschen Opfer des Stalinismus auf dem Moskauer Friedhof Donskoje 1950–1953. Hrsg. von Arsenij Roginskij [u. a.], Berlin 2008). Ein Beispiel ist der Fall von Oskar Blau (1914–1950), von dem eine der in die Zellenwand eingeritzten Inschriften stammt. Blau hatte sich 1934 freiwillig bei den Fallschirmjägern gemeldet, kam später zur neu aufgestellten Luftwaffe und diente im Zweiten Weltkrieg in der Wehrmacht. Im Auftrag eines französischen Dienstesklärte er den

Flugplatz Berlin-Johannisthal auf, in dessen Nähe er seit Kriegsende mit seiner Frau und zwei Kindern wohnte. »Blau war aufgrund seines militärischen Wissens für westliche Geheimdienste von besonderem Interesse. Für den ehemaligen Fallschirmjäger war es im Gegensatz zu Laien kein Problem, Flugplätze zu erkunden und sichere Aussagen über Truppenstärke, Ausrüstungsgrad und Technik zu sammeln« (S. 292).

Zusammengearbeitet hatte Blau mit seinem künftigen Schwager, Horst Litta, der für ein Detektivbüro in Berlin-Kreuzberg tätig gewesen sein und den Militärflugplatz Cottbus ausgespäht haben soll. Dieser wurde 1950 kurz vor Blau verhaftet und hatte womöglich dessen Namen im Verhör preisgegeben. Oskar Blau, der insgesamt zehn sowjetische Standorte ausgeforscht und von seinen Auftraggebern dafür monatlich 250 Westmark erhalten hatte, gestand seine Taten in der Hoffnung, dadurch der Todesstrafe zu entgehen. Nach der Ablehnung seines Gnadengesuches an den Obersten Sowjet wurde er 1950 im Moskauer Butyrka-Gefängnis erschossen.

Die Herausgeberinnen des Bandes wurden bei ihren Recherchen von russischen Archiven und Dienststellen unterstützt – dies allerdings in ausreichendem Maße nur bei der Klärung der Schicksale deutscher Gefangener. Die meisten Inschriften in der Leistikowstraße sind jedoch russisch. Das Schicksal von deren Verfassern, die jedoch meist nicht wegen Spionage, sondern wegen krimineller Taten einsaßen, harrt noch der Aufarbeitung.